

Schriftliche Stellungnahme von **Ulrich Delius**, Direktor der **Gesellschaft für bedrohte Völker**, zum Fragenkatalog der Anhörung „Religionsfreiheit: Die menschenrechtliche Lage religiöser Minderheiten in China“ am 8.Mai 2019

Zu Frage 1:

In China gibt es eine Jahrtausende alte Tradition der Intoleranz des Staates gegenüber Religionsgemeinschaften. Die verschiedenen Dynastien waren oft gleichgültig gegenüber Religionen, solange sie ihre eigenen Machtinteressen nicht gefährdeten oder die gesellschaftliche Ordnung negativ beeinflussten. Eine Staatsreligion wurde der Bevölkerung nicht aufgezwungen. Die Dynastien waren aber bestrebt, absolute Kontrolle über Religionsfragen zu gewinnen, um sicherzustellen, dass Religionen nur den von ihnen vorgegebenen Zielen dienten und vom Staat genutzt werden konnten. Scheiterte eine Kooptierung einer Religion, ging man zu ihrer Kontrolle oder Unterdrückung über. So wurde im Daoismus und Buddhismus in China der Klerus zahlenmäßig begrenzt und unter Aufsicht der Behörden gestellt.

Religionen gaben dem Staat eine gewisse Legitimation und sicherten die gesellschaftlich-politische Ordnung. Der Kaiser war ein sakraler Herrscher, der nicht nur für die Geschicke der menschlichen Gesellschaft verantwortlich war, sondern das kosmische Gefüge regulierte. Nach traditioneller Anschauung bestimmten Himmel, Erde und Menschenwelt das Geschehen. Idealerweise hielt ein Herrscher diese Ordnung durch Rituale aufrecht. Jede Naturkatastrophe konnte aber große Wirkung auf das Kaiserreich haben. So bediente man sich der Religion, um die eigene Macht zu sichern. Alle Formen der Religionsausübung außerhalb des staatlich vorgegebenen Rahmens wurden von den Behörden nachdrücklich bekämpft.

Bis heute beziehen sich Regierungen in China auf den Konfuzianismus und rufen zur Schaffung einer harmonischen Gesellschaft auf. Der Konfuzianismus betonte das Ideal sozialer Harmonie und individueller Kultivierung, das jedoch schon vor hunderten Jahren durch Korruption und Machtmissbrauch gefährdet war.

Der Einfluss der Behörden auf Religion war je nach Region und Epoche sehr unterschiedlich groß. Besonders entschieden wurde gegen Volksreligionen vorgegangen, denen man wegen mangelnder Kontrolle oft mit Misstrauen begegnete. Je nach Berufsverbänden, Regionen oder Sippen-Zugehörigkeit bestimmte sich die Mitgliedschaft in den Volksreligionen. Doch schon damals war es so, dass drastische Eingriffe gegen Volksregionen mittelfristig scheiterten. Chinas heutige politische Führung könnte aus den 2.000 Jahre alten Erfahrungen dieser Dynastien lernen und ihr hartes Vorgehen gegen Religionen überdenken.

Während der Republik China (1911-49) bestand grundsätzlich ein feindliches Klima gegenüber Religionen. Sie wurden oft als Quelle rückständigen Aberglaubens angesehen, der den Fortschritt der Wissenschaft und die Modernisierung Chinas behindert. So wurden Kampagnen der Behörden zur Umwandlung von Tempeln in Schulen eingeleitet. Buddhistische und daoistische Klöster standen unter großem Druck der Behörden. Daoisten

und Buddhisten gründeten daraufhin Dachverbände, um ihre Interessen besser zu vertreten. Der Staat übernahm den westlichen Religionsbegriff und unterschied fortan zwischen „organisierten Religionen“ (mit eigenem Klerus, Institutionen, Texten) und „Aberglauben“.

Nach Gründung der Volksrepublik im Jahr 1949 wurde wie zu Zeiten der Qing-/Ming-Dynastien das Primat der Staatsideologie betont. Die Religionsgemeinschaften wurden unter die Aufsicht der Behörden gestellt. Ab 1954 wurden sie eng überwacht. Offiziell wurde eine sozialistische Gesellschaft angestrebt, in der Religionen angeblich überflüssig seien.

Eine legale religiöse Betätigung wurde nur im Rahmen von fünf Dachverbänden gestattet, deren Mitglieder auf die Loyalität zur Kommunistischen Partei (KP) geschworen wurden. Die Dachverbände hatten enge Spielräume und mussten sich verpflichten, sich vom Ausland loszulösen, kein Geld mehr aus anderen Staaten zu empfangen und alle ausländischen Missionare wurden ausgewiesen (Motto des Drei-Selbst: Chinas Christentum sollte selbst geleitet, selbst finanziert und selbst propagiert sein). Säkularistische Kampagnen führten Anfang der 50er-Jahre zur Zerstörung der Volksreligionen. Schon vor Beginn der Kulturrevolution (1966-76) werden Klöster, Tempel und Kirch überall entweiht und zerstört.

Zu Frage 2:

Religion war in China niemals eine Massenbewegung und hat die staatliche Ordnung auch nicht ernsthaft in Frage gestellt. Dies war auch nie der Anspruch der Gläubigen, die meist tief unpolitisch sind und nur ungestört ihren Glauben ausüben möchten. So ist Religion nicht Brutstätte für Forderungen nach einem Ende der Willkürherrschaft, mehr Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit. Religion ist in China oft Ausdruck eines Rückzugs in das Privatleben, nach Suche von Sinn und Orientierung im Leben.

Doch Chinas Staatsführung ist besessen von der Idee absoluter Machtkontrolle. Was sich nicht kontrollieren lässt, wird bedingungslos zerschlagen. Sehr anschaulich wird dies am Beispiel der Zerschlagung der Meditationsbewegung Falun Gong. Lange vom Staat favorisiert und gefördert, fällt Falun Gong 1999 in Ungnade, weil die Bewegung im Streit mit den Behörden mit einer Massendemonstration ihre Stärke signalisiert. Minister sind verunsichert, weil sie bemerken müssen, dass selbst Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ihrer engsten Umgebung Falun Gong praktizieren. Unmittelbar darauf reagiert der Staat mit einer brutalen Kampagne rücksichtsloser Zerstörung, die ihresgleichen seit der Kulturrevolution sucht.

Geschürt werden die Ängste einer notorisch um ihren Machtverlust fürchtenden KP durch Schätzungen, dass im Jahr 2030 bis zu 200 Millionen Christen in China leben könnten. Die Volksrepublik wäre damit weltweit das Land, in dem die meisten Christen leben würden. Doch die genaue Zahl der in dem Land lebenden Christen lässt sich angesichts massiver Verfolgung schwer feststellen. Ernstzunehmende Schätzungen schwanken zwischen 82 und 130 Millionen gläubigen Protestanten und Katholiken. Nur ein kleiner Teil von ihnen ist in den staatlich kontrollierten Dachverbänden organisiert.

Über-Reaktionen des chinesischen Staates führen nicht zu einer Zurückdrängung des Glaubens, sondern regelmäßig zu einer Stärkung und Festigung der bedrängten

Glaubensgemeinschaft. So stehen die tibetischen und mongolischen Buddhisten heute geschlossen hinter ihrem von den Behörden bedrängten und oftmals verleumdeten religiösen Oberhaupt, dem Dalai Lama. Bekenntnisse des Dalai Lama zur Politik eines „Mittleren Weges“, der einen Verzicht auf staatliche Unabhängigkeit Tibets und eine tatsächliche Autonomie vorsieht, werden regelmäßig von Chinas Behörden ignoriert oder in Zweifel gezogen. Mit dieser Politik der Leugnung und Diffamierung schürt die Volksrepublik die Spannungen in Tibet und den tibetischen Siedlungsgebieten.

Nicht anders die Lage in der Autonomen Region Xinjiang: Auch die muslimischen Uiguren bekennen sich heute stärker als noch vor 30 Jahren zu ihrem sunnitischen Glauben. Die vormals liberale Ausprägung des sunnitischen Glaubens ist angesichts massiver staatlicher Verfolgung einer konservativeren Auslegung gewichen. Die Verantwortung für diese Verhärtung religiöser Positionen trägt die Volksrepublik China mit ihrer Politik systematischer Menschenrechtsverletzungen gegen muslimische Nationalitäten. Chinas Regierung begründet ihr hartes Durchgreifen mit ihrer Furcht vor einer Radikalisierung von Uiguren. Sie erkennt dabei nicht, dass es sich um hausgemachte Gewalt und um eine sich selbst erfüllende Prophezeiung handelt.

Zu Frage 3:

Satellitenbilder und die Auswertung von Zeugenaussagen deuten daraufhin hin, dass es heute rund 1.200 Umerziehungslager in Xinjiang gibt. Mehr als 1,5 Millionen muslimische Uiguren, Kasachen und Kirgisen wurden willkürlich seit April 2017 in diese Camps eingewiesen. Diese Entwicklung ist aber nicht statisch, sondern stetig im Fluss. So nahm die Zahl der Lagerinsassen zwischen Herbst 2018 und April 2019 um 500.000 Menschen zu. Bei einer geschätzten muslimischen Bevölkerung in Xinjiang von rund 12 Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen bedeutet dies, dass mehr als 10 Prozent der muslimischen Bewohner der Region Opfer dieser Zwangsmaßnahmen wurden. Auf Deutschland übertragen, käme dies der Einweisung der gesamten Bevölkerung Niedersachsens in Lager gleich.

Neuerdings werden immer mehr Insassen von Umerziehungslagern in Xinjiang in andere chinesische Provinzen verlagert, um den Gulag-Charakter Xinjiangs zu entkräften und die Spuren dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu verwischen. Auch bekommen viele Camps den Charakter von Arbeitslagern, in denen auch vormals prominente und hochdekorierte muslimische Mitglieder der KP für wenig Geld am Fließband arbeiten müssen, um Produkte für den inländischen Markt oder Zentralasien in Zwangsarbeit herzustellen. Satellitenbilder und Zeugenaussagen belegen, wie entweder auf dem Gelände von Umerziehungslagern Produktionseinrichtungen aufgebaut werden oder in unmittelbarer Nachbarschaft Industriebetriebe angesiedelt werden.

Es ist wichtig hervorzuheben, dass nicht nur Uiguren Opfer dieser Zwangsmaßnahmen werden, sondern insgesamt Angehörige muslimischer Nationalitäten in Xinjiang. Dies macht deutlich, dass jeder von den chinesischen Behörden vorgebrachte vermeintliche Bezug zur Extremismus-Bekämpfung unglaubwürdig ist, weil von Kasachen und Kirgisen niemals in den letzten 30 Jahren politisch motivierte Gewalt gegen den chinesischen Staat in Xinjiang ausging. Die umstrittenen Umerziehungslager sind somit nicht Ausdruck eines

„Privatkrieges“ der chinesischen Regierung gegen vermeintlich extremistische Uiguren, sondern zielen auf die systematische Zerstörung muslimischen Lebens in Xinjiang ab.

Der Narrativ chinesischer Staatspropaganda der „Förderung beruflicher Bildung für benachteiligte Bevölkerungsgruppen“ in den Lagern wird durch die Aussagen zahlreicher ehemaliger Lagerinsassen widerlegt. Alle früheren Gefangenen berichten von systematischer Gehirnwäsche, der gezielten Zerstörung ihrer Religion, Kultur, Sprache und traditionellen Lebensweise sowie von gewaltsamer Assimilation an die chinesische Mehrheitsgesellschaft. So werden muslimische Frauen dazu gezwungen, Schweinefleisch zu essen oder Alkohol zu konsumieren.

Auch modernste Technik von Gesichtserkennungsprogrammen auf der Grundlage Künstlicher Intelligenz wird eingesetzt, um von der Lagerverwaltung zu klären, ob die politische Gleichschaltung und Gehirnwäsche erfolgreich verliefen. Nur dann haben die Insassen eine vage Chance auf Freilassung. Neben dieser modernen Technik werden aber auch traditionelle psychologische Folter und entwürdigende Brachial-Methoden angewandt, um die Muslime zur Verletzung ihres Glaubens und ihrer traditionellen Verhaltensvorschriften zu veranlassen. So gibt es auch keine Privatsphäre in den Camps. Selbst Toiletten werden mit Sicherheits-Kameras überwacht, um den Gesichtsausdruck der Betroffenen zu fixieren und politisch zu interpretieren.

Es gibt mindestens 48 Gründe, weshalb Muslime in Xinjiang in Umerziehungslager eingewiesen werden: Wer ein Zelt oder einen Kompass besitzt, einen Bart trägt, fastet, nicht raucht oder keinen Alkohol trinkt, wer zur Moschee geht, einen Schleier trägt oder Kontakte zu jemand hat, der sich im Ausland aufgehalten hat, macht sich verdächtig. Wer Vertretern der Behörden nicht erlaubt, wochenlang zur Überwachung in seiner Wohnung zu leben, wer sich weigert, seine DNA preiszugeben oder wer Uigurisch in der Schule spricht, riskiert die Einweisung in ein Lager. Verdächtig macht sich auch, wer sich weigert, nach Feierabend an politischen Umerziehungskursen teilzunehmen, bei denen sie sich selbst vermeintlicher Fehler öffentlich bezichtigen müssen.

Dieses Programm weckt bei Uiguren und Kasachen traumatische Erinnerungen an den Psychoterror „Roter Garden“ während der Kulturrevolution. Mehrere hunderttausend Uiguren kamen während der Kulturrevolution gewaltsam zu Tode. Losgelöst von den 1,5 Millionen Lagerinsassen müssen rund zwei Millionen Uiguren, Kasachen und Kirgisen täglich an entwürdigenden Umerziehungs- und Gehirnwäschekursen teilnehmen. Sie finden überall auf Schulhöfen und Sportplätzen statt. Sie verletzen die Würde der Menschen und zerstören ihre Persönlichkeit.

Natürlich gibt es keine Rechtsmittel gegen eine Einweisung in ein Lager oder verbindliche Standards, die festschreiben, unter welchen Bedingungen eine Freilassung erfolgt. Denn China ist kein Rechtsstaat, in dem sich Bürgerinnen und Bürger wirksam rechtlich gegen staatliche Willkür wehren können. Familienangehörige vermeiden aus Angst, selbst inhaftiert zu werden, jede Nachfrage nach dem Verbleib Verschwundener. Oft bleiben sie monatelang im Unklaren über den Verbleib der Verschleppten. Jeder Protest gegen Haftbedingungen ist lebensgefährlich.

Zu Frage 4:

Keine andere religiöse Minderheit in China ist in den letzten 20 Jahren Opfer so massiver Menschenrechtsverletzungen geworden wie Falun Gong. Mindestens 4.300 Todesfälle durch politisch motivierte Gewalt von Sicherheitskräften sind seither glaubwürdig recherchiert und dokumentiert. Eine Mehrzahl der Opfer fiel Übergriffen des berüchtigten „Büro 610“ zum Opfer, das ab Juni 1999 die Verfolgung von Falun Gong-Anhängern national koordinierte und betrieb. Bis zum Jahr 2006 waren bereits rund 100.000 Anhänger der Meditationsbewegung festgenommen.

Mehrfach wurden in den letzten Jahren umfassende Reporte zum Einsatz von Organraub gegen Falun Gong-Anhänger, Uiguren und andere politische Gefangene veröffentlicht. Ihre Beweislast scheint erdrückend. So wurden hunderte Krankenhäuser von vermeintlichen Empfängern von Organspenden kontaktiert, um zu klären, ob und wann die Transplantation eines neuen Organs möglich wäre. Großzügig gaben Krankenhäuser zu verstehen, dass alle Wünsche schnellstmöglich erfüllt werden könnten. Behörden und chinesische Ärzteverbände versicherten wider besseres Wissen, dass alle Organspenden freiwillig erfolgen würden. Einzelne Ärzte räumten in Interviews ein, dass Organe von Inhaftierten und Falun Gong-Anhängern stammten.

Auffallend ist eine große Diskrepanz zwischen offiziellen Zahlen der Behörden zu Transplantationen und den Zahlen der Krankenhäuser. Während Chinas Regierung von nur rund 10.000 Transplantationen jährlich ausgeht, geben Krankenhäuser weitaus höhere Zahlen im Bereich von 60.000 bis 100.000 Betroffenen an. Offensichtlich sind die offiziellen Statistiken, die internationale Kritiker der chinesischen Transplantations-Industrie ruhig stimmen sollten, nicht reell. Die Sonderberichtersteller der Vereinten Nationen zu Folter und Religionsfreiheit äußerten öffentlich ihre Bedenken zu dieser Erfassungspraxis.

Tatsächlich waren hunderttausende Falun Gong-Angehörige in den 2.000er-Jahren in Arbeitslagern im Rahmen der Administrativhaft inhaftiert. Diese Einweisungen konnten ohne richterliche Entscheidung erfolgen. Legal durften die Inhaftierten bis zu drei Jahre lang in den Lagern festgehalten werden. Tatsächlich wurde dieses Strafmaß oft willkürlich überschritten. Auch galten die inhaftierten Falun Gong-Anhänger in den Lagern als besonders gefährdet, Oftmals wurden sie gefoltert und Übergriffe von Mitgefangenen auf sie wurden vom Wachpersonal gefördert und belohnt. Der Verbleib von zehntausenden inhaftierten Falun Gong-Anhängern ist bis heute ungeklärt.

Auch am Flughafen von Kashgar, einem uigurischen Siedlungszentrum in Xinjiang, gibt es eine verdächtige Passagierkategorie, die mit Pfeilen im Abfertigungsgebäude Personen zum „Export von Organen“ Priorität einräumt. Auch dies ist ein Hinweis darauf, dass es in uigurischen Siedlungsgebieten mit einer hohen Zahl von politischen Gefangenen eine besonders hohe Zahl von Transplantationen gibt.

Schätzungen der Zahlen der Betroffenen gehen weit auseinander. Bis zu 65.000 Menschen sollen zwangsweise Opfer von Transplantationen geworden sein, schätzen Menschenrechtsverteidiger. Die umstrittene Praxis wurde in einem 680 Seiten umfassenden Report kritisch durchleuchtet. Dringend muss dieser Verdacht intensiver recherchiert und von Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen detailliert untersucht werden.

Zu Frage 5:

Tatsächlich mag der radikale Wechsel in der Haltung der chinesischen Behörden gegenüber Falun Gong überraschen. Lange war die Bewegung geduldet und sogar gefördert worden. Doch als die Behörden im Frühjahr 1999 gezielt öffentliche Kritik an der Gemeinschaft streuten und 10.000 Anhänger der Meditationsbewegung am 24. April 1999 dagegen öffentlich in Peking protestierten, fühlte sich der chinesische Machtapparat tief verunsichert. Denn wie konnte ohne sein näheres Wissen und seine umfassende Kontrolle unmittelbar neben der Machtzentrale ein Massenprotest stattfinden, wie ihn die chinesische Hauptstadt seit dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 nicht erlebt hatte?

Chinas Machtapparat reagierte auf dieses friedliche Aufbegehren in direkter Nähe der Wohngebiete der Staatsführung mit massiver Härte. Zwar bot man der Meditationsbewegung offiziell Verhandlungen an, doch tatsächlich wurde die Zerschlagung der Bewegung bereits vorbereitet. Als zu groß wurde das Risiko empfunden, die rasch wachsende Gemeinschaft nicht mehr kontrollieren zu können und eine ähnliche Situation wie nach den wochenlangen Protesten von Studenten und Arbeitern im Mai / Juni 1989 zu erleben.

Mit dem Aufbau des Büros 610 wurde die Zerstörung der Bewegung generalstabsmäßig in der gesamten Volksrepublik vorbereitet und schließlich umgesetzt. Menschen stürzten auf unerklärliche Weise aus unfertigen Hochhäusern. Der gesamte Sicherheitsapparat Chinas wurde systematisch eingesetzt, um jede Form von Werbung für die Meditationsbewegung zu unterbinden, sie in der Öffentlichkeit zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Mit allem Nachdruck wurde diese Kampagne jahrelang minutiös betrieben, um Falun Gong vollkommen zu zerschlagen.

So wurden in Hamburgs Partnerstadt Shanghai alle Falun Gong-Anhänger systematisch erkennungsdienstlich erfasst, ständig zum Verhör vorgeladen und zu Tausenden in Arbeitslager eingepfercht. Ein Großteil der Personen wurde mehrfach in ein Camp eingewiesen, weil es sich um „Überzeugungs- und Wiederholungstäter“ handelte. Der größte Teil der Betroffenen waren dabei ältere Frauen, die von der positiven Wirkung Falun Gongs überzeugt waren und auch nach staatlichen Repressionen nicht aufhörten, in ihrer Umgebung für die Bewegung Werbung zu machen. Systematisch versuchte man in den Lagern, ihren Willen zu brechen und ihre Persönlichkeitsstruktur zu zerstören.

Zu Frage 6:

Es gibt zahllose Fälle von Menschenrechtsverteidigern, die aufgrund ihres Engagements für religiöse Minderheiten in China verfolgt werden.

Einer dieser Fälle ist der tibetische Mönch Golog Jigme. Dem 47 Jahre alten buddhistischen Mönch war nach massiver Folter im Jahr 2012 die Flucht aus chinesischer Haft in die Schweiz geglückt. China hatte ein Kopfgeld in Höhe von 31.000 US-Dollars auf den Mönch ausgesetzt, um seiner habhaft zu werden. Als der Tibeter im März 2015 vor dem Menschenrechtsrat der

Vereinten Nationen in Genf über seinen Leidensweg berichtete, fotografierte ihn in der Cafeteria der Vereinten Nationen der chinesische Diplomat Zhang Yaojun, obwohl dies offiziell verboten ist. Mit seiner Beschattung soll der Mönch eingeschüchtert werden, um ihn mundtot zu machen.

Die Volksrepublik unterhält schwarze Listen verdächtiger Unterstützer von Falun Gong. Im Vorfeld von chinesischen Staatsbesuchen werden die Gastländer regelmäßig aufgefordert, allen Personen auf diesen Listen vor und während des Besuches die Einreise zu verweigern. Um Chinas Regierung nicht zu verärgern, kommen die meisten Staaten diesen Forderungen nach.

Prominent ist der Fall des uigurischen Menschenrechtlers Dolkun Isa. Der Präsident des in München ansässigen Weltkongresses der Uiguren gilt als bedeutendste Stimme der Uiguren im Exil. Obwohl er die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt, versucht Chinas Staatssicherheit gezielt, seine Bewegungs- und Meinungsfreiheit einzuschränken. So lancierte die Volksrepublik eine sogenannte „Red Notice“ bei der internationalen Polizeiorganisation INTERPOL. Die Notice entspricht keinem internationalen Haftbefehl, sondern zeigt Polizeidienststellen nur an, dass der Betroffene von Seiten Chinas per Haftbefehl gesucht wird. Eine inhaltliche Prüfung des Haftbefehls durch die INTERPOL erfolgt nicht. Immer wieder wurde Dolkun Isa aufgrund der „Red Notice“ an der Ausübung seines Berufes gehindert. So wurde er kurzfristig vor einem politischen Termin mit dem italienischen Senat in Rom festgenommen. Selbst Reisen in der EU wurden für ihn zum Risiko, während China beständig von Deutschland die Schließung des Büros des Weltkongresses der Uiguren, den Einzug ihres Vermögens und die Auslieferung aller Mitarbeiter an die Volksrepublik verlangte. Deutschland wies diese Forderungen zurück, weil die Menschenrechtsorganisation auf dem Boden des Grundgesetzes arbeite.

Systematisch verfolgt man Dolkun Isas Reisen, beschattet ihn und späht ihn aus. Informanten werden in das Büro Münchener Büro von chinesischer Seite eingeschleust, um Informationen über die Menschenrechtsarbeit zu erhalten. Zu besonderen Gedenktagen der Uiguren an Massaker chinesischer Sicherheitskräfte werden die Internet- und Telefonverbindungen des Büros von chinesischen Häckern gestört, so dass die Menschenrechtsorganisation tagelang für Journalisten nicht erreichbar ist. Als er nach Südkorea zu einem Vortrag einreisen will, wird er dort am Flughafen festgenommen.

Noch ernüchternder waren seine Erfahrungen mit den Vereinten Nationen. Denn dort werden Datensätze der chinesischen Staatssicherheit ungeprüft in das UN-Sicherheitssystem eingespeist, so dass Dolkun Isa oft der Zugang zum Gelände des UN-Menschenrechtsrates verwehrt wird. Immer wieder müssen die ihn akkreditierenden Organisationen intervenieren, um seine Freilassung zu erreichen und seine Bewegungsfreiheit durchzusetzen. Jedes Jahr wiederholt sich dieses Spiel, obwohl die Vereinten Nationen inzwischen wissen müssten, dass die chinesischen Vorwürfe wegen angeblichen „Terrorismus“ unbegründet sind.

Der chinesische Mitarbeiter des UN-DESA-Büros Wu Hongbo rühmt sich sogar öffentlich im chinesischen Fernsehen, aufgrund seiner Stellung Dolkun Isa im Jahr 2017 vom Gelände der

Vereinten Nationen verwiesen zu haben. Er habe dabei im nationalen Interesse Chinas gehandelt, brüstet sich der UN-Angestellte.

Als langjähriges Mitglied der Gesellschaft für bedrohte Völker hat unsere Menschenrechtsorganisation Dolkun Isa häufig bei den UN als Repräsentanten unserer Nichtregierungsorganisation akkreditiert. Als er in dieser Funktion im April 2018 an der Konferenz des Permanenten Forums indigener Völker in den UN in New York teilnehmen will, blockieren die UN tagelang seinen Zugang. Immer wieder wird er in Begleitung von Botschaftsmitarbeitern westlicher Staaten mit unterschiedlichsten fadenscheinigen Begründungen abgewiesen. Erst kurz vor Ende der Konferenz wird ihm der Zutritt nach Protesten diverser Staaten gewährt.

Doch sein Auftritt bei der UN-Konferenz hat negative Folgen. Wenige Stunden vor der alljährlichen Sitzung des NGO-Komitees der Vereinten Nationen in New York im Mai 2018 beantragt die Botschaft Chinas den permanenten Entzug des NGO-Status der Gesellschaft für bedrohte Völker. Im Ausschuss kommt es daraufhin zu einem einstündigen Streitgespräch zwischen Chinas Repräsentanten und den Vertretern verschiedener westlicher Staaten über den geforderten Entzug unseres Status, den wir seit 1993 besitzen. Schließlich lässt China seine Forderung fallen. Doch der Streit zeigt, wie gering auch die Spielräume von Menschenrechtsverteidigern in den UN geworden sind.

Als Dolkun Isa im April 2019 erneut im Permanenten Forum indigener Völker der UN als Repräsentant der Gesellschaft für bedrohte Völker auftritt, wird er von einem chinesischen Mitarbeiter beschattet. Nach seinem Redebeitrag am 1. Mai 2019 wird ihm von chinesischer Seite vorgeworfen, „Terrorist“ zu sein. Der deutsche UN-Botschafter Christoph Heusgen und die stellvertretende US-Botschafterin im Wirtschafts- und Sozialrat der UN (ECOSOC), Courtney Nemroff, weisen die Vorwürfe zurück.

Auch im an Xinjiang angrenzenden Kasachstan hat die Zivilgesellschaft schmerzhaft den langen Arm Chinas zu spüren bekommen. Das Land hat eine zentrale Bedeutung bei der Recherche der Hintergründe der schweren Menschenrechtsverletzungen in den Umerziehungslagern. Denn die meisten bislang freigekommenen ehemaligen Insassen sind ethnische Kasachen. Die Menschenrechtsorganisation Atajurt hat sie regelmäßig interviewt, um mehr Informationen über die Lager zu recherchieren. Denn sie sind eine der wenigen Augenzeugen dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch setzen sie sich intensiv für den Schutz der früheren Lagerinsassen ein. Chinesische Geschäftspartner lancierten daraufhin zum Jahresbeginn 2019 eine Kampagne gegen Atajurt und ihren Gründer Serikzhan Bilash und forderten seine Bestrafung, da er angeblich die Freundschaft mit dem chinesischen Volk gefährde. Aufgrund von Atajurts Engagement kam Kasachstans Regierung immer mehr in Erklärungsnot, warum sie so wenig für bedrängte ethnische Kasachen in der Volksrepublik tut. Im Frühjahr 2019 wurde Bilash aufgrund der Vorwürfe festgenommen. Nach internationalen Protesten wurde er zwar freigelassen und unter Hausarrest gestellt. Ihm droht aber noch immer eine mehrjährige Haftstrafe, mit der man den engagierten Menschenrechtler mundtot machen will.

Auch seine Rechtsanwältin Aiman Umarova fürchtet um ihre Sicherheit und die ihrer Familie. Dabei ist sie seit Jahren aktiv für Menschenrechte und dafür bereits international ausgezeichnet worden.

Zu Frage 7:

Chinas Öffentlichkeit erfährt aufgrund der Gleichschaltung der Medien nichts von der digitalen Überwachung religiöser Minderheiten. Es gibt keine unabhängige Berichterstattung mehr in China und ausländische Medien können nicht empfangen oder wahrgenommen werden.

Selbst im privaten Kreis ist es für Uiguren und Kasachen nicht möglich, Informationen über den ungeklärten Verbleib von Angehörigen zu verbreiten. Jede Nutzung sozialer Medien zur Verbreitung solcher Meldungen wäre strafrechtlich relevant und hätte mehrjährige Gefängnisstrafen zur Folge.

Die traditionelle muslimische Gesellschaft in Xinjiang befindet sich in Schockstarre. Selbst Telefonanrufe zu Familienangehörigen ins Ausland machen verdächtig und sind lebensgefährlich. Hunderte in Deutschland lebende Angehörige haben daher seit zwei Jahren nicht mehr mit ihren engsten Verwandten in Xinjiang gesprochen, um sie nicht zu gefährden.

Chinas Staatssicherheit entwickelt in enger Kooperation mit chinesischen Hightech-Firmen immer neue und perfektere Methoden der Überwachung der Gesellschaft. So werden Häuser in uigurischen Siedlungsgebieten Xinjiangs mit QR-Codes gekennzeichnet, denen die Sicherheitskräfte entnehmen können, wer in den Gebäuden gemeldet ist. Alle persönlichen Daten dieser Personen, von der DNA über Beschäftigungs- und Verwandtschaftsverhältnisse bis zu Infos über jüngste Verhöre mit der Staatssicherheit, verdächtige Kontakte mit dem Ausland können sofort abgerufen werden. Seit dem Jahr 2015 wurden in Xinjiang von den Behörden Daten in jeglicher Form über Uiguren, Kasachen und Kirgisen erhoben. Als Pilotprojekt für ganz China wurde der „gläserne Bürger“ eingeführt, dessen Daten zu jeder Zeit und an jedem Ort von der Staatssicherheit abrufbar sind. Zusätzliche Apps ermöglichen eine Totalüberwachung aller dort lebenden Menschen, die verdächtig werden, der politischen Opposition nahezustehen oder extremistische Straftaten begangen zu haben.

Der Begriff des „Terrorismus“ ist jedoch nicht identisch mit Konzepten westlicher Rechtsstaaten. Jede Form des Engagements für Menschenrechte der traditionellen lokalen Bevölkerung gilt als staatsgefährdend und wird mit drakonischen Strafen geahndet. Dabei werden sogar Gesichtserkennungsprogramme eingesetzt, die auf der Basis Künstlicher Intelligenz erfassen, ob eine Person öffentliche Proteste plant und als möglicher Gefährder der Staatssicherheit gilt.

Die scheinbar perfekten Überwachungsmethoden haben ein Klima des Mißtrauens und der Angst unter der traditionellen muslimischen Gesellschaft Xinjiangs geschaffen, dass das Zusammenleben mit der in den letzten zugewanderten Mehrheitsbevölkerung der Han sehr belastet und Spannungen schürt. Denn Uiguren, Kasachen und Kirgisen werden alleine aufgrund ihres Glaubens und ihrer ethnischen Abstammung unter einen Generalverdacht

des Terrorismus gestellt, der Rassismus und Ausgrenzung fördert. Das offizielle Konzept des harmonischen Zusammenlebens der verschiedenen Nationalitäten wird so ad absurdum geführt. Auch werden so Vorbehalte gegen die traditionellen muslimischen Bewohner Xinjiangs systematisch geschürt und die Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen in der Gesellschaft weiter vertieft.

Der Generalverdacht gegen Muslime markiert einen Tiefpunkt in den Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen und das Scheitern des jahrzehntelang offiziell betriebenen Ansatzes des Aufbaues einer uigurischen und kasachischen Mittelschicht. So wurden hunderte uigurische, kasachische und kirgisische Intellektuelle, Verleger, Dichter, Schriftsteller, Publizisten, Professoren und Forscher in Umerziehungslager eingewiesen. Viele dieser Personen hatten seit Jahren ein Parteibuch der KP und wurden lange gefördert, um den fälschlichen Eindruck einer harmonischen Gesellschaft zu erzeugen. Dieses Modell offizieller Nationalitäten-Politik ist dramatisch gescheitert. Doch es gibt keine glaubwürdigen Perspektiven für eine tatsächliche Umsetzung des offiziellen Autonomiestatuts für Xinjiang und für einen respektvollen Umgang mit der traditionellen muslimischen Bevölkerung der Region.

Mit der Politik der Umerziehungslager setzt Chinas Regierung auf die systematische Zerstörung traditionellen muslimischen Lebens in Xinjiang. Gezielt will man nicht nur die Sinisierung der Region und der Religion vorantreiben, sondern auch alle Kontakte der muslimischen Bevölkerung zum Ausland unterbinden. Alle Spuren arabischen Lebens und Glaubens sollen ausgelöscht werden und die politische Gleichschaltung aller Muslime in Xinjiang gewaltsam erzwungen werden. Diese Politik kann nur in einem Desaster enden, weil sie mindestens 14 Millionen Menschen ein Lebensrecht und den Respekt grundlegender in der Verfassung Chinas festgeschriebener Rechte abspricht. Auch werden die traditionelle Religion, Kultur, Sprache und Gesellschaft der muslimischen Nationalitäten Xinjiangs systematisch negiert.

Zu Frage 8:

Mindestens 45 Rechercheure und Zuarbeiter der Internet-Plattform „BitterWinter“ des italienischen Forschungszentrums CESNUR wurden seit August 2018 in Xinjiang verhört, eingeschüchtert oder festgenommen. Die Webseite hat sich zum Ziel gesetzt über Religionsfreiheit in China zu informieren. Sie war im Mai 2018 gegründet worden. Trotz dieser massiven Verfolgung will „Bitter Winter“ seine Informationsarbeit über religiöse Verfolgung in China fortsetzen.

Die Repression gegen „Bitter Winter“ zeigt, wie sehr Fragen religiöser Verfolgung von Nationalitäten in China das Grundverständnis des chinesischen Staates berühren und tabuisiert werden. Es gibt keinen freien Zugang für UN-Menschenrechtsexperten, unabhängige Menschenrechtsorganisationen und Journalisten zu den von religiöser Verfolgung bedrohten Gruppen in der Volksrepublik. Die Betroffenen appellieren regelmäßig an die internationale Staatengemeinschaft und an Nichtregierungsorganisationen in aller Welt, die schweren Menschenrechtsverletzungen öffentlich zu machen. Nur internationale

Öffentlichkeit bietet die Chance, Menschenrechtsverletzungen wirksam zu stoppen oder zumindest einzudämmen.

Ein anschauliches Beispiel für die Effektivität dieses Vorgehens bot der Umgang Chinas mit der internationalen Diskussion über die Umerziehungslager in Xinjiang. Noch im Frühjahr 2018 leugneten die chinesischen Behörden die Existenz der Lager. Menschenrechtlern wurde vorgeworfen, Lügen zu verbreiten, um das Ansehen Chinas zu beeinträchtigen. Doch unter der Macht der Beweise musste Chinas Regierung schließlich im Sommer 2018 die Existenz der Camps einräumen.

Entscheidenden Beitrag dazu leisteten Satellitenfotos, die Recherchen von Nachrichtendiensten und die bahnbrechenden Menschenrechtsreporte des deutschen Wissenschaftlers Adrian Zenz. Er schlug Chinas staatliche Propaganda-Maschine mit ihren eigenen Waffen. Denn er wertete chinesische Quellen im Internet aus, um zum Beispiel das Ausmaß von Bauvorhaben und Einstellungen zusätzlichen Überwachungspersonals in Xinjiang zu erfassen. Chinas Behörden mussten immer stärker zurückweichen, um nicht vollkommen unglaubwürdig zu werden.

Der Druck der Vereinten Nationen und verschiedener Staaten tat sein Übriges, um China im Herbst 2018 dazu zu bewegen, einzelne Camps zu räumen, um Besuche von Diplomaten aus aller Welt in diesen Potemkinschen Dörfern zu ermöglichen. Im Vorfeld der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates im Frühjahr 2019 investierte China Millionen Euros, um Genfer Diplomaten vor allem muslimischer Staaten in einer Propaganda-Initiative nach Xinjiang einzufliegen. So sollte verhindert werden, dass diese Staaten öffentlich in den UN gegen Chinas Verbrechen gegen die Menschlichkeit protestieren. Seit Monaten befindet sich Chinas Regierung international in Sachen Umerziehungslager in der Defensive und muss um seinen Ruf fürchten. Chinas Propaganda-Maschine hat das Ausmaß der internationalen Empörung über die Verbrechen grob unterschätzt und muss nun stetig nachbessern. Doch es gelingt der Volksrepublik auch unter Einsatz aller Kontakte und Druckmittel im Rahmen der Seidenstraßen-Strategie nicht, das umstrittene Thema aus der öffentlichen Diskussion zu verbannen.

Was man damit erreichen kann, macht der Fall Qahiri deutlich. Der betagte Linguistik-Professor Mutällip Sidiq Qahiri war in Xinjiang trotz seiner anerkannten Studien in ein Umerziehungslager verschleppt worden. Monatelang warteten seine Familienangehörigen auf ein Lebenszeichen von ihm. Sein in Göttingen studierender Sohn Tahir Qahiri erbat Hilfe von unserer Menschenrechtsorganisation. Gemeinsam mit ihm machten wir den Fall seines Vaters öffentlich bekannt und gaben einem der 1,5 Millionen Opfer der Verbrechen ein Gesicht. Erstmals nahm daraufhin die Staatsanwaltschaft mit den Angehörigen Kontakt auf und informierte sie darüber, dass der Vater in ein Gefängnis überstellt worden sei und er in Kürze wegen „Separatismus“ angeklagt werde. Alle wegen angeblichem „Separatismus“ in Xinjiang Angeklagten werden erfahrungsgemäß zu mindestens zehn Jahren Gefängnis verurteilt.

Nicht jedoch der Vater des Göttinger Doktoranden. Wenige Wochen später erhält Tahir einen Telefonanruf von seinem Vater, der sich im Kreise seiner Familie aufhält, und ihn bittet, alle Initiativen zu unterlassen, um auf seine Verhaftung aufmerksam zu machen.

China scheut mit seiner Repression die Öffentlichkeit und ist bemüht, die Vorwürfe von Menschenrechtsorganisationen als ungerechtfertigt darzustellen. Herr Qahiri profitiert von Chinas Staatspropaganda und kommt aus dem Umerziehungslager frei.

Nichtregierungsorganisationen können ihren Beitrag dazu leisten, schwerste Menschenrechtsverletzungen bekannt zu machen. Aber sie sind auf die Hilfe von Parlamentariern und Regierungen angewiesen, um China in internationalen Organisationen zur Rechenschaft zu zwingen. Angesichts des beträchtlichen politischen und wirtschaftlichen Einflusses der Volksrepublik ist es wichtig, dass diese Kritik nicht nur von einzelnen Regierungen vorgebracht wird, sondern sich eine Koalition gleichgesinnter Staaten bildet, die bereit sind, öffentlich diese Verbrechen anzusprechen, selbst wenn sie damit Chinas Regierung verärgern.

Es gibt keine erfolgversprechende Alternative zum offenen Ansprechen der Verbrechen. Stille Diplomatie ist angesichts der Quantität und Qualität der Menschenrechtsverletzungen sowie der Zunahme der Opferzahlen nicht angebracht.

Besonders müssen die überlebenden Opfer und Kronzeugen dieser Verbrechen geschützt werden. Denn sie sind mit ihren Zeugnissen der lebendige Beweis für die schweren Menschenrechtsverletzungen. Bei einer eventuellen Strafverfolgung der Verantwortlichen werden sie eine Schlüsselrolle spielen. Für sie müssen besondere Schutzprogramme entwickelt werden, denn sie sind in den Ländern Zentralasiens oder der Türkei nicht sicher vor dem Zugriff des chinesischen Verfolgungsapparates. Denn diese Staaten sind keine Rechtsstaaten und China kann legal oder illegal frei mit seinem Sicherheitsapparat in diesen Ländern operieren. Das hat sich im Jahr 2019 vor allem im Nachbarland Kasachstan gezeigt.

Auch sollte die mutige Zivilgesellschaft in Kasachstan gestärkt werden. Sie hat mit ihren friedlichen Protesten dafür gesorgt, dass frühere Lagerinsassen nicht nach China abgeschoben wurden und dass Kasachstans Regierung den Protest ihrer eigenen Bevölkerung gegen ihr Schweigen zu Chinas Menschenrechtsverletzungen ernst nehmen muss. So zwang die Zivilgesellschaft mit ihren Protesten Kasachstans Außenminister dazu, sich erstmals kritisch in der Öffentlichkeit zu den Menschenrechtsverletzungen an Kasachen in Xinjiang zu äußern.

Zu **Frage 9**:

Das bedrückende Schweigen vieler muslimischer Staaten macht deutlich, wie groß im Rahmen der Seidenstraßen-Strategie die Abhängigkeiten von der Volksrepublik geworden sind. Die Verschuldung Sri Lankas beim Bau eines Tiefwasserhafens durch chinesische Investoren, der Bau von Pipelines und eines Tiefwasserhafens im pakistanischen Belutschistan und viele andere Investitionen schüren Menschenrechtsverletzungen.

Der enge Bezug zwischen Menschenrechten und Wirtschaft wird auch bei den Umerziehungslagern in Xinjiang deutlich. Das Nachbarland Kasachstan befindet sich in einem Dilemma, weil es als kleines Nachbarland der Volksrepublik von Öl- und Erdgasexporten nach China abhängig ist. Xinjiang ist darüber hinaus Transitland für den Import von Öl und Erdgas aus Kasachstan.

In Xinjiang sind chinesische Hochtechnologie-Firmen an der Entwicklung von Soft- und Hardware für die massive Überwachung der Bevölkerung beteiligt. Laut dem Wirtschafts magazin Forbes sind mehr als 500 bekannte chinesische und multinationale Unternehmen in Xinjiang wirtschaftlich engagiert. Zu den deutschen dort mit Produktionsstätten aktiven Firmen zählen Volkswagen und BASF. Der Dialog mit dort aktiven deutschen Unternehmen sollte gesucht werden, um sich für eine Beachtung des Nationalen Aktionsplans für Menschenrechte und Wirtschaft einzusetzen.

Im US-Kongress wurde im Jahr 2019 der „Uyghur Human Rights Act“ verabschiedet, der das US-Wirtschaftsministerium auffordert, ein Verbot des Verkaufs von US-Produkten an staatliche Stellen in Xinjiang zu prüfen und den Aufbau einer Datenbank zur Erfassung verschwundener Familienangehöriger in Xinjiang voranzutreiben. Auch sollen Sanktionen gegen die Verantwortlichen für die Verbrechen geprüft werden. Auch soll die US-Regierung eine Strategie entwickeln, wie die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte mit ihrer Forderung nach einem ungehinderten Zugang nach Xinjiang und in die Lager unterstützt werden kann. Doch von einer vergleichbaren Gesetzesinitiative sind Deutschland und die EU noch weit entfernt.

Auch hinsichtlich des ungelösten Tibet-Konflikts sollten Deutschland und die EU ihren Druck verstärken, damit Chinas Regierung glaubwürdige Verhandlungen mit der tibetischen Exilregierung aufnimmt, um eine tatsächliche Autonomie für Tibet zu erreichen. Chinas Regierung ignorierte bislang einen entsprechenden detaillierten Entwurf, der von tibetischer Seite vorgelegt wurde. Denn eine umfassende politische Lösung des Tibet-Konflikts wird nur zu Lebzeiten dieses Dalai Lama zu finden sein. Bei seinem Ableben dürften die Spannungen zwischen Chinas Regierung und Tibetern deutlich zunehmen, da zu erwarten ist, dass Chinas atheistische Staatsführung den Anspruch erheben wird, sich in interne Fragen der tibetischen Buddhisten einzumischen und Nachfolge-Frage des Dalai Lama zu regeln.

Neben der Stärkung der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsverteidigern in den Nachbarländern Chinas sollten die Recherche und Dokumentation der schweren Menschenrechtsverletzungen in Xinjiang vorangetrieben werden. Dafür ist es von besonderer Bedeutung den dauerhaften Schutz der früheren Insassen der Lager zu gewährleisten.

Auch sollte geprüft werden, inwieweit chinesische Hightech-Unternehmen von der Vergabe öffentlicher Aufträge in Deutschland und der EU ausgeschlossen werden können, wenn der begründete Verdacht besteht, dass die Unternehmen an der systematischen Überwachung und Verletzung von Menschenrechten in Xinjiang beteiligt sind. Einige dieser Firmen verfügen auch über Vertriebsnetze und Niederlassungen in Deutschland und vertreiben hier Sicherheitstechnik zur Überwachung des öffentlichen Raumes.

Sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene sollten alle Gelegenheiten genutzt werden, um die schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen zu thematisieren. Denn Chinas Politik in Xinjiang und den tibetischen Siedlungsgebieten schürt Konflikte, die mittelfristig China und Zentralasien destabilisieren könnten. Dies könnte sich auch negativ auf das Verhältnis zwischen China und der EU auswirken, so dass die EU ein Interesse daran haben sollte, die Konflikte zu entschärfen.

Zu Frage 10:

Die deutsche Bundesregierung hat sich in den letzten Monaten sehr konsequent und deutlich gegen die Umerziehungslager in Xinjiang ausgesprochen. So hat sie ein Side-Event der USA zu den Camps am Rande der letzten Sitzung des UN-Menschenrechtsrates mitunterstützt und am Rande des Permanenten Forums indigener Völker der Vereinten Nationen in New York im April 2019 umfassend andere diplomatische Missionen über die Hintergründe der Lager informiert. Auch setzte sie sich für den Schutz von Menschenrechtsverteidigern ein, die über das Thema in den Vereinten Nationen informiert und bedrängt wurden. Positiv waren auch Bemühungen deutscher Regierungsstellen, die missbräuchliche Verwendung von „Red Notices“ der INTERPOL zu thematisieren und die Reisefreiheit von Menschenrechtsverteidigern zu gewährleisten.

Hilfreich war auch Deutschlands Engagement für eine freie Ausreise von Liu Xia, der verfolgten Witwe des lange willkürlich inhaftierten Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo. Die desolate Lage von Chinas Menschenrechtsverteidigern erfordert mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung. Denn deren Menschenrechte werden auch systematisch verletzt, weil sie sich für verfolgte Christen, Muslime und Falun Gong-Anhänger einsetzen. Beispielhaft steht dafür das Schicksal des Menschenrechtsanwalts Gao Zhisheng. Der für Christen und Falun Gong-Anhänger engagierte Anwalt wird wieder einmal seit dem 13. August 2017 vermisst. Es ist bereits das achte Mal in 12 Jahren, dass er in staatlichem Gewahrsam verschwunden ist.

Mehr Aufmerksamkeit bräuchte auch die schwierige Lage der Christen und von Falun Gong. Die Christenverfolgung nimmt zurzeit stark zu. Davon sind nicht nur im Untergrund tätige Hauskirchen betroffen, sondern auch staatlich anerkannte Gemeinden. Viele Christen fühlen sich in der massiven Ablehnung ihres Glaubens durch staatliche Stellen und der Erschwerung der Arbeit offiziell registrierter kirchlicher Einrichtungen an Zeiten der Kulturrevolution erinnert.

Dringend muss der von Chinas Behörden betriebenen „Sinisierung des Glaubens“ mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Der immer gleiche Ansatz zeigt sich bei Muslimen, Christen, Buddhisten, Falun Gong, Volksreligionen und Daoisten in verschiedensten Formen: Von gigantischen Umerziehungskampagnen mit Straflagern, bis zum Unterdrücken und Verschwindenlassen von Zeichen des Glaubens im öffentlichen Leben oder der Politik der Bulldozer gegen religiöse Stätten. Das Ziel ist trotz unterschiedlicher Formen immer das Gleiche: Die absolute Gleichschaltung und Kontrolle von Religionsgemeinschaften, im Zweifelsfall auch ihre vollkommene Zerstörung! Diese Maßnahmen, die chinesisches Recht und internationale Menschenrechtskonventionen in grober Weise verletzen, dürfen nicht nur isoliert betrachtet werden, sondern müssen als unterschiedliche Facetten einer auf mangelndem Respekt, Verachtung und Gleichgültigkeit beruhenden Religionspolitik angesehen werden.

Weniger deutlich ist Deutschlands und Europas Auftreten auch in der Tibet-Frage, obwohl die nächsten Jahre darüber entscheiden werden, ob eine glaubwürdige und gerechte Lösung des Tibet-Konflikts möglich sein wird. Auf Zeit zu spielen oder die Problematik stillschweigend auszusitzen mangels ernstzunehmender ermutigender Signale der chinesischen Staatsführung, dürfte sich in der Zukunft bitter rächen. Denn das Zeitfenster für

die Suche nach einer einvernehmlichen Lösung wird immer kleiner. Nach dem möglichen Tod dieses Dalai Lama droht eine Verschärfung des Tibet-Konflikts.

Der Streit um den Umgang mit dem chinesischen Technologiekonzern Huawei und die Vergabe von 5 G-Lizenzen hat gezeigt, wieviel Abstimmungsbedarf in der China-Politik der Bundesregierung besteht. Menschenrechtsfragen sind von Wirtschaftsfragen nicht mehr zu trennen. Führende Wirtschaftskreise in Deutschland und Europa formulieren ihre Erwartungen an China und ihre Kritik an der derzeitigen Situation oft deutlicher und klarer als die Politik. Chinas Staatsführung würde diese kritischen Stimmen, wenn sie abgestimmt geäußert und von allen Ebenen deutscher und europäischer Politik konsequent mitgetragen würden, sehr viel ernster nehmen.

Vor allem im europäischen Kontext gibt es noch großen Handlungsbedarf, um von einer gemeinsamen europäischen China-Politik sprechen zu können. Eine deutsche China-Politik wird nur effektiv sein, wenn sie mit den europäischen Partnern abgestimmt ist. Seit Jahren fehlt es an einer gemeinsamen europäischen Strategie in der China-Politik. Zu unterschiedlich sind die Interessen der Mitgliedsländer. Mit großem Geschick spielt die chinesische Führung die bedeutendsten EU-Mitgliedsländer gegeneinander aus.

Die Lage hat sich nochmals drastisch verschlechtert seit China im Rahmen seiner Seidenstraßen-Strategie gezielt Einfluss und Stimmenpotential in der EU einkauft, um Entscheidungen aller Mitgliedsländer mit-beeinflussen zu können. Mit Italien, Griechenland, Ungarn und verschiedenen osteuropäischen Ländern kann die Volksrepublik auf ausgezeichnete Kontakte und eine gute Machtbasis in der EU zurückgreifen. Zwar wächst in der EU das Bewußtsein für diese Gefahren. Doch noch fehlt es an gemeinsamen Initiativen, um die Aushöhlung der demokratischen Wertegemeinschaft der EU durch autoritär geführte Staaten von innen und außen wirksam abzuwehren.

Bei der Verteidigung demokratischer Werte sind nicht nur Bundesregierung und Bundestag gefragt, sondern die gesamte Gesellschaft. Mit Besorgnis verfolgen wir, dass es unter Deutschlands Sinologen nur wenig öffentliche Diskussionen über die Zuspitzung der Menschenrechtslage in China gibt. Es ist bedrückend zu sehen, dass sich aus Kasachstan mehr Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Resolutionen zum Schutz ihrer in China bedrängten Kollegen anschließen als aus Deutschland.

Auch vermissen wir bei so viel China-Kontakten deutscher Universitäten ein Engagement für die Freiheit der Wissenschaft und für verfolgte Wissenschaftler, wie den uigurischen Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti. Er wurde zu lebenslanger Haft verurteilt, weil er sich für einen Ausgleich zwischen Uiguren und der Han-Mehrheitsbevölkerung einsetzt.

Deutschlands Universitäten buhlen um die Gunst chinesischer Studentinnen und Studenten, schweigen aber leider, wenn diese bei ihrer Rückkehr im Gulag verschwinden. Anders als in den USA oder Kanada fehlt an Deutschlands Universitäten jede kritische Diskussion über den Umgang mit den vom chinesischen Propaganda-Apparat geförderten Konfuzius-Instituten. Wir sind für China-Kompetenz, doch sie sollte unabhängig sein und nicht von Chinas Propaganda-Ministerium geliefert werden.

Zu Frage 11:

Der Antwort auf Frage 1 ist zu entnehmen, dass Chinas Herrscher auf eine Jahrhunderte alte Tradition der politischen Instrumentalisierung von Religion zur Sicherung ihrer Herrschaft zurückblicken. Jenseits aller unterschiedlichen politischen Systeme war dies eine Konstante in Chinas Geschichte und Zeitgeschichte.

Es ist absurd und Ausdruck von Rassismus, wenn heute von den Sicherheitsbehörden alle Uiguren, Kasachen und Kirgisen in Xinjiang aufgrund ihrer ethnischen Abstammung und ihres religiösen Bekenntnisses pauschal des „Terrorismus und Separatismus“ verdächtigt werden. Diese Unterstellung ist auch realitätsfern, weil es unter Kasachen und Kirgisen in Xinjiang keine Forderung namhafter Personen nach einem unabhängigen Staat gibt.

Noch weniger intelligent und rational nachvollziehbar ist es, langjährige Parteimitglieder der KP allein aufgrund ihrer ethnischen Abstammung zu verfolgen und zwangsweise in Umerziehungslager einzuweisen. Hunderte dieser nun eingesperrten Intellektuellen haben jahrzehntelang auf Kongressen in aller Welt für die ethnische Diversität der Volksrepublik, für die Politik der KP und für die vermeintliche „Harmonie“ zwischen den Nationalitäten geworben. Noch bei der Eröffnungs- und Abschlussfeier der Olympischen Spiele 2008 in Peking wurde mit unterschiedlichen traditionellen Kostümen für die ethnische Vielfalt in dem Land geworben. Doch ein Leben in Vielfalt setzt Respekt des Gegenübers voraus, der heute in jeder Form der chinesischen Regierungspolitik fehlt.

So werden betagte Professoren heute willkürlich des „Separatismus“ beschuldigt und vor Gericht angeklagt, obwohl sie niemals für einen unabhängigen Uiguren-Staat geworben haben. Mehr als 40 Jahre lang haben Chinas Regierung und Sicherheitsbehörden den Druck auf insbesondere die uigurische Zivilgesellschaft immer mehr erhöht und Menschenrechtsverletzungen forciert. Wenn Uiguren angesichts der Willkür und Übergriffe gewalttätig wurden, hat man China als Opfer des internationalen Terrorismus dargestellt. Doch es ist hausgemachte Gewalt, die wir seit den 2000er-Jahren beobachten. Sie wurde von den Sicherheitsbehörden ausgenutzt, um noch mehr Gegengewalt auszuüben. Statt De-Eskalation setzte China auf Eskalation und trieb einen Gewaltkreislauf in ungeahnte Höhen.

Die Verurteilung des Professors Ilham Tohti zu lebenslanger Haft, weil er angeblich für „Separatismus“ geworben habe, ist lächerlich und durch keine glaubwürdigen Beweise gedeckt. Für die Uiguren und viele ausländische Beobachter der Lage in Xinjiang, war das umstrittene Urteil das klare Zeichen, dass Chinas Regierung nicht an einem Ausgleich mit den Uiguren und an einer friedlichen Lösung des Konflikts interessiert ist.

Nach den jüngsten Änderungen der Sicherheitsgesetze der Region Xinjiang können Uiguren, Kasachen und Kirgisen sich weder frei bewegen, noch in sozialen oder anderen Medien sich frei äußern oder austauschen. Statt den Dialog zu suchen, setzt Chinas Führung auf bedingungslose Konfrontation. Angesichts der Kräfteverhältnisse ist dies eine sehr ungleiche Konstellation. Sie kostet die Volksrepublik aber schon heute Milliarden Euros und belastet Volkswirtschaft und Staatshaushalt. Neben den enormen finanziellen Belastungen ist nicht absehbar, wie China mittelfristig mit vermeintlichen 14 Millionen „Staatsfeinden“ umgehen will.

Eine Freilassung von Ilham Tohti wäre ein erstes Zeichen von Chinas Staatsführung, dass ernsthaft ein Dialog mit Uiguren gesucht wird, um die Krise politisch zu lösen und die rechtlich vorgesehene Autonomie auch tatsächlich umzusetzen.

Zu Frage 12:

Selbst Kirchen in Europa neigen dazu, die zunehmende Christenverfolgung und Einschränkung der Religionsausübung verschiedenster Glaubensgemeinschaften in China zu ignorieren oder schönzureden. Das umstrittene angestrebte Konkordat zwischen dem Vatikan und China ist ein gutes Beispiel, um den Umgang des Westens mit religiöser Verfolgung in der Volksrepublik aufzuzeigen. Als Kritik aus der nicht offiziellen katholischen Kirche in China und von Nichtregierungsorganisationen an dem „vorläufigen Abkommen“ zwischen China und dem Vatikan zur Bischofsernennung und dem angestrebten Konkordat laut wurde, wurden die Kritiker oft als unbelehrbare Hardliner und Relikte einer überkommenen Zeit dargestellt. Man müsse Sinn für die Realitäten haben und Chancen und Risiken für Chinas Christen abwägen, hieß es in Kirchen-nahen Medien in Europa.

Die Kritiker, zu denen auch die Gesellschaft für bedrohte Völker zählt, wiesen immer wieder darauf hin, dass nichts darauf hindeutet, dass Chinas Behörden zukünftig die Religionsausübung erleichtern und die verfassungsrechtlich garantierte Religionsfreiheit auch tatsächlich respektieren werden. Es sei gefährlich, international den Anschein von Religionsfreiheit in der Volksrepublik zu erwecken, während sich die Lage der Gläubigen stetig weiter verschlechtere.

Jüngste Zahlen der Menschenrechtsorganisation „China Aid“ belegen, dass sich zwischen den Jahren 2017 und 2018 die religiöse Verfolgung von Christen in China verfünffacht hat. Die Organisation geht von mehr als 10.000 Zwischenfällen mit mehr als einer Million Betroffener im Jahr 2018 aus, während im Jahr 2017 noch 1.265 Übergriffe mit 223.000 Betroffenen registriert wurden. Auch hat sich die Zahl der aus religiösen Gründen Inhaftierten in dem Zeitraum von 3.700 Menschen auf 5.000 Personen deutlich erhöht.

Von den immer massiveren Übergriffen sind nicht nur protestantische „Hauskirchen“ betroffen, die offiziell nicht registriert werden, sondern oft auch offiziell anerkannte protestantische oder katholische Gemeinden und Kirchen. Der rechtliche Schutz, unter dem diese offiziell registrierten Kirchen stehen, bedeutet also keinen tatsächlichen Schutz. Insofern haben die Erwartungen der Befürworter eines Konkordats einen deutlichen Dämpfer bekommen.

Der von Ihnen zitierte „gelebte Laizismus“ ist eher ein „sinnentleerter praktizierter Materialismus“, in dem neuerdings der Personenkult um Staats- und Parteichef Xi Jinping als Ersatzreligion angeboten wird. Niemand wird in China dafür bezahlt, in die Kirche zum Gottesdienst zu gehen. Im Gegenteil, gerade wenn diese Gemeinden nur im Untergrund existieren können, ist viel finanzielles und organisatorisches Engagement der Gläubigen gefragt. Und doch werden die Kirchen ständig voller, nimmt der Zulauf aller Religionsgemeinschaften deutlich zu. Am meisten profitieren davon die offiziell nicht

registrierten Kirchen, weil ihnen Glaubwürdigkeit attestiert und Vertrauen entgegengebracht wird.

Der trotz der Repression ungehindert große Zulauf der Menschen zu christlichen Kirchen ist Ausdruck und Folge der Sinn-Krise eines Regimes, das sich offiziell als sozialistisch bezeichnet, de facto aber Kapitalismus, Vetternwirtschaft, Willkür und Korruption zu den Grundsäulen seiner Herrschaft gemacht hat. Auf der Suche nach einem Sinn in ihrem Leben wenden sich viele Chinesinnen und Chinesen daher der Religion zu. Insofern ist dieses Regime selbst schuld daran, dass die vermeintlich überkommenen Religionsgemeinschaften heute soviel Zulauf haben. Ein Verlust moralischer Integrität der Katholischen Kirche durch die Unterzeichnung eines Konkordat-Abkommens könnte aber auch dem Ansehen der Katholischen Kirche unter ihren Gläubigen nachhaltig schaden.

Offensichtlich scheinen die Religionsbehörden von ihrem Konzept des Laizismus nicht überzeugt, sonst würden sie nicht pensionierten Staatsangestellten verbieten, Religion zu praktizieren, und Embleme verschiedenster Religionsgemeinschaften seit zwei Jahren aus dem öffentlichen Leben entfernen lassen. Nicht nur christliche Kreuze wurden in verschiedenen Provinzen entfernt, sondern auch Inschriften auf Moscheen. In der Provinz Jiangsu wurden im Februar und März 2019 sogar 5.911 daoistische Tempel auf Anordnung der Behörden zerstört. Die von der Volksrepublik betriebene Auslöschung religiöser Zeichen aus dem öffentlichen Raum wird die Anziehungskraft der Religionen nicht schmälern, sondern eher erhöhen.

Trotz massiver PR-Arbeit in den staatlich kontrollierten Medien ist es bislang nicht gelungen, den Personenkult um Xi Jinping erfolgreich als Ersatzreligion zu propagieren.